

15. August 2013

## Wahlprüfsteine

### Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen e. V.

**1. Werden Sie sich für die strukturelle projektungebundene Förderung der Beratungs-, Qualifizierungs- und Vernetzungsarbeit des EPN Hessen als „Eine Welt-Landesnetzwerk“ und seines „Eine Welt-PromotorInnenprogramms“ einsetzen?**

Entwicklungspolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ohne eine breite Unterstützung der Bürger für entwicklungspolitische Belange wird es auf Dauer nicht möglich sein, notwendige Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen. Entwicklungspolitisch tätige Vereine, Stiftungen, die Kirchen oder auch engagierte Unternehmen sind hierbei ganz wesentlich, denn ohne das große Engagement der hier aktiven Bürger würde ein entscheidender Rückhalt und Fürsprecher für eine starke deutsche Entwicklungspolitik fehlen.

Hessen ist in besonderem Maße durch die Internationalität seines Standorts geprägt. Diese Internationalität ist ein wesentlicher Faktor für die erfolgreiche Integration hessischer Unternehmen in die Weltwirtschaft. Dies sichert Beschäftigung, schafft neue Arbeitsplätze und ist eine wichtige Voraussetzung für den Spitzenplatz Hessens im Wettbewerb der Wirtschaftsregionen. Daher ist Entwicklungszusammenarbeit auch für Hessen wichtig. Unter dem Vorzeichen der weiteren Globalisierung der Märkte werden große Entwicklungspotenziale in den Ländern in Lateinamerika, im Nahen und Mittleren Osten sowie in den anderen asiatischen Staaten gesehen. Deshalb wurde die Förderung auf Projekte ausgerichtet, die wirtschaftliches Handeln stärken und auf wirtschaftsnahe Maßnahmen, die den Partnern in den Entwicklungsländern die Eingliederung in den Weltmarkt erleichtern. Eine strukturelle Förderung ist jedoch bereits aus Gründen der Kompetenzordnung zwischen Bund und Ländern nicht vorgesehen.

2. a) **Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Hessen die Forderung der UNO und des Europäischen Rats umsetzt, 0,7 Prozent des BNE für entwicklungspolitische Aktivitäten zur Verfügung zu stellen?**

Klassische Entwicklungshilfe findet entsprechend den verfassungsrechtlichen Verantwortlichkeiten auf Bundesebene statt. Bereits in dieser Legislaturperiode hat die CDU/CSU-geführte Bundesregierung die Mittel für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit deutlich erhöht. Die CDU auf Bundesebene hält an dem Ziel fest, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden. Eine Erhöhung der Mittel muss dabei mit einer weiteren Effizienzsteigerung des entwicklungspolitischen Instrumentariums und der Aufnahmefähigkeit in den Partnerländern einhergehen.

- b) **Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, diese Haushaltsmittel zur Förderung der zivilgesellschaftlichen Projekt- und Bildungsarbeit im nächsten Haushalt mindestens auf das Niveau von 2003 (534.000 Euro) anzuheben?**

Die Landesförderung verstärkt die in ehrenamtlichem Engagement gesammelten Ressourcen und erschließt zusätzliche Fördermöglichkeiten durch dritte Partner. Angesichts der mit einer großen Mehrheit von 70 Prozent befürworteten Einführung einer Schuldenbremse in die Hessische Verfassung besteht jedoch kein Spielraum, die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu verdoppeln.

3. **Unterstützen Sie die Forderungen, das Konzept einer „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (UN-Dekade) gemäß des 2007 von der Kultusministerkonferenz und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vorgestellten „Orientierungsrahmen Globale Entwicklung“ in Hessen in allen Schulformen umzusetzen, es in die Ausbildung der Lehrkräfte zu integrieren sowie entwicklungspolitische Themen stärker in die Aus- und Fortbildungspläne der Fachhochschulen für die Angehörigen des Öffentlichen Dienstes aufzunehmen?**  
Gemäß § 2 des Hessischen Schulgesetzes schließt der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schulen unter anderem auch die Befähigung ein, andere Kulturen in ihren

Leistungen kennen zu lernen und zu verstehen sowie die Auswirkungen des eigenen und gesellschaftlichen Handelns auf die natürlichen Lebensgrundlagen im Sinne der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zu erkennen. Um der Gesamtheit des staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrages gerecht werden zu können, ist dabei freilich auf eine sorgfältige und ausgewogene Abwägung im Rahmen der Vielfalt der Bildungs- und Erziehungsziele zu achten. Besonders in den weiterführenden Schulen sollten Jugendliche mit dem Thema nachhaltige Entwicklung befasst werden – allerdings nicht in Form einer „Überfrachtung“ der Lehrpläne. Dagegen scheint es uns nicht vordringlich zu sein, Entwicklungspolitik in der Aus- und Fortbildung für den Öffentlichen Dienst in Hessen stärker zu thematisieren, da deren Angehörige sich bei speziellem Interesse selbständig extern weiterbilden oder entsprechend engagieren können.

- 4. Setzt sich Ihre Fraktion dafür ein, dass Hessens Entwicklungspolitik kohärenter wird sowie regelmäßig Monitoring und Berichterstattung stattfinden?**  
Wo sich das Land Hessen im Ausland engagiert – zum Beispiel im Rahmen von Bildungsk Kooperationen oder unterstützenden Projekten – findet eine stringente Evaluation und Erfolgskontrolle statt. Als CDU Hessen legen wir Wert darauf, dass hier nachhaltige Entwicklungsprozesse, die Hilfe zur Selbsthilfe geben, umgesetzt werden.
- 5. a) Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen nach Einrichtung eines entwicklungspolitischen Landesbeirates, dem neben VertreterInnen der politischen Parteien auch VertreterInnen des zivilgesellschaftlichen Eine Welt-Landesnetzwerks und der universitären Entwicklungsforschung angehören?**  
Die CDU will eine Entwicklungszusammenarbeit fortsetzen, die wirtschaftliche Entwicklung stärkt und die Nicht-Regierungsorganisationen aus Hessen in die Lage versetzt, ihre Projekte mit ihren Partnern in den ausgewählten Entwicklungsländern erfolgreich zum Abschluss zu bringen.

**b) Unterstützen Sie die partizipative Erarbeitung entwicklungspolitischer Grundsätze in einem öffentlichen Prozess unter Beteiligung der Zivilgesellschaft?**

Siehe Antwort zu Frage 1.

**6. Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die Hessische Gemeindeordnung so zu ändern, dass**

**a) das Engagement kommunaler Stellen zum Thema Entwicklungszusammenarbeit durch das Land Hessen gefördert und eine Haushaltsstelle für kommunale Entwicklungszusammenarbeit (EZ) im Hessischen Landeshaushalt eingerichtet wird?**

**b) kommunale entwicklungspolitische Beauftragte ernannt werden können?**

**7. Setzen Sie sich dafür ein, dass der Agenda 21-Prozess sowie globale Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele (MDGs + SGDs) durch die hessische Landesregierung und in den hessischen Kommunen gefördert werden?**

Die Fragen 6 und 7 werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet.

Der Wirkungskreis der Gemeinden wird durch § 2 HGO auf das Gemeindegebiet begrenzt. Allenfalls im Rahmen von Städtepartnerschaften erscheint der CDU Hessen ein kommunales Engagement vertretbar, wenn die Haushaltswirtschaft der Kommune dies ermöglicht. Bedenken muss man dabei auch die Grundentscheidung der HGO zur wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden: Es ist nicht zu vermitteln, dass sich eine hessische Gemeinde – mit eng begrenzten Ausnahmen – nur innerhalb ihres Gebietes wirtschaftlich betätigen darf, aber die von Bürgern bezahlten Steuern auch im Ausland ausgeben soll.

Die CDU Hessen sieht im Übrigen aus grundsätzlichen Erwägungen heraus eine Ausdehnung des Beauftragtenwesens in der Kommunalverfassung kritisch.

- 8. Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die hessische Landesregierung möge einen allgemeingültigen und rechtsverbindlichen Rahmen unter Einbeziehung der ILO-Kernarbeitsnormen bereit stellen (Novellierung des aktuellen Vergabegesetzes von 2013), der es den Landesinstitutionen und den Kommunen rechtlich gesichert ermöglicht, in der öffentlichen Beschaffung fair und nachhaltig produzierte und gehandelte Waren, z.B. durch Berücksichtigung der ILO Kernarbeitsnormen, einzukaufen und einzusetzen? Wären Sie darüber hinaus bereit, notwendige Beratungs- und Unterstützungsleistungen bereit zu stellen?**
- Bislang haben über 120 ILO-Mitgliedsstaaten alle Kern- oder Menschenrechtsübereinkommen ratifiziert, darunter auch Deutschland. Neben dem Risiko einer erheblichen Verzögerung der Auftragserteilung besteht auch die Gefahr, dass die Berücksichtigung sozialpolitischer Aufgaben durch die kommunalen Vergabestellen in den Vordergrund rückt. Für die Kommunen würde zudem ein erheblicher zusätzlicher Kontrollaufwand entstehen, der sich auch auf Seiten gerade kleinerer und mittlerer Unternehmen als bürokratische Belastung niederschlagen würde. Dies würde die Teilnahme dieser KMU an öffentlichen Ausschreibungen zusätzlich erschweren und ggf. zu weiteren Rechtstreitigkeiten führen. Schließlich handelt es sich um vergabefremde Aspekte, die keinen Bezug zu der Ausführung von Leistungen im Rahmen des öffentlichen Auftrags aufweisen und daher aus ordnungspolitischer Sicht abzulehnen sind.
- 9. Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen an die Hessische Landesregierung, im Sinne einer Regierungsführung der globalen Verantwortung Initiativen auf EU- und Bundesebene zu folgenden Themen zu initiieren bzw. mitzutragen?**
- a) Einführung der sozialen Mindeststandards der ILO von 1998 sowie von Umweltstandards im Welthandel
- b) Entwicklung eines „Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte“ nach Vorgabe der vom UN-Menschenrechtsrat 2011 einstimmig angenommenen „UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“

- c) **Abschaffung von Exportsubventionen und Schutz regionaler Märkte, Förderung nachhaltiger regionaler Agrarproduktion**
- d) **Einführung demokratischer Strukturen in der „Global Governance“ und umfassende Verankerung der Menschenrechte in den Leitlinien und der operativen Arbeit von WTO, IWF, Weltbank und weiterer internationaler Institutionen**
- e) **Umfassende Schuldenstreichung für Länder des Südens in Verbindung mit Maßnahmen, die eine nachhaltige und eigenständige Entwicklung gewährleisten**
- f) **Verbot von Rüstungsexporten in Länder, welche diese Waffen gegen ihre eigene Bevölkerung anwenden könnten, wie dies auch auf die Leopard II-Panzer zutrifft, die in Kassel produziert werden. Besonderes Augenmerk ist dabei auf den möglichen Export von Kleinwaffen und Dual-Use-Produkten sowie entsprechende Lizenzen zu richten.**

Die aufgeworfenen Probleme sind im Rahmen der Kompetenzordnung der Bundesrepublik nicht Aufgabe eines Bundeslandes. Die CDU Hessen teilt diesbezüglich jedoch die Positionen der CDU Deutschlands, wie sie im Grundsatzprogramm dargelegt sind:

Wir treten für eine zunehmend integrierte Weltwirtschaft mit einem freien und gerechten Welthandel ein und wollen deshalb Institutionen wie die Welthandelsorganisation stärken. Für Deutschland ist die Sicherheit internationaler Handelswege ein vitales Interesse. Damit wird es unserem Land besser möglich, sich an der weltweiten Mehrung von Wohlstand zu beteiligen. Zugleich fördert freier und gerechter Handel die Überwindung von Armut und trägt damit zur ökonomischen und politischen Stabilisierung von Staaten bei, die sonst zu scheitern drohen. Es liegt in Deutschlands Interesse, bei der Bewältigung der Entwicklungsprobleme vieler Länder - Armut, Unterentwicklung, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung, Kriege, Terrorismus und Staatszerfall - mitzuwirken. Unsere Entwicklungspolitik der partnerschaftlichen Zusammenarbeit ruht auf drei Säulen: Erstens der Verantwortung für die unter Armut Leidenden und für die Schöpfung auf Grundlage unseres christlichen Menschenbildes; zweitens der Abwehr von Risiken und drittens der Stärkung unserer politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen

Partnerschaften. Entwicklungspartnerschaft bedeutet für uns, dass wir eigene Reforminitiativen stärken und Mitverantwortung der Entwicklungsländer einfordern. Entwicklungspolitik ist wertgebunden. Sie ist Teil einer Weltordnungspolitik. Wir sehen in freiheitlicher Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, guter Regierungsführung und einer sozial verpflichteten marktwirtschaftlichen Ordnung, die zugleich die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, den besten Weg, Entwicklung in armen Ländern zu fördern. Diese Ziele sind Kernelemente unserer Entwicklungspolitik. Entwicklungszusammenarbeit, die langfristig wirken soll, setzt konsequente eigene Anstrengungen insbesondere vonseiten der politischen Entscheidungsträger und der Eliten in den Entwicklungsländern voraus. Wir leisten Hilfe zur Selbsthilfe. Wir treten ein für die Fortsetzung der weltweiten Abrüstung, die Stärkung der Rüstungskontrolle und eine europäisch koordinierte Handhabung der Rüstungsexporte. Die Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägertechnologien fördert den Weltfrieden und trägt zu unserer Sicherheit bei. Wir werden darauf hinwirken, dass die internationale Gemeinschaft mit Entschlossenheit und Geschlossenheit auf solche Kräfte einwirkt, die gegen internationale Regeln und Abkommen verstoßen.

**10. Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die hessische Landesregierung möge**

**a) verstärkt solche Projekte unterstützen, die Klimaschutz, globale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung verbinden?**

**b) mit konkreten Projekten die Förderung der Informations- und Sensibilisierungsarbeit, die globalen und lokalen Zusammenhänge zwischen Klimaschutz, Energiegerechtigkeit, sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung deutlich machen?**

Die Herausforderungen des Klimawandels sind von globaler Bedeutung, da diese nicht an Landesgrenzen halt machen. Das Land Hessen unterstützt insoweit projektbezogenen Mechanismen zur Verringerung des Treibhausgasausstoßes z. B. durch die 2007 eingerichtete „Transferstelle Internationaler Emissionshandel“.

**11. a) Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die hessische Landesregierung möge**

**aa) alles tun, damit MigrantInnen in Hessen zukünftig bezogen auf Verteilungsgerechtigkeit, Sicherstellung äquivalenter wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Teilhabe die gleichen Chancen und Möglichkeiten erhalten, wie Mitglieder der deutschen Mehrheitsgesellschaft?**

Gelingende Integration liegt in der Verantwortung des Einzelnen, der Gesellschaft und des Staates. Sie braucht das Zusammenwirken aller und berührt alle Lebensbereiche. Integration entscheidet sich im Wesentlichen im Zusammenleben vor Ort. Unser Grundsatz lautet: Von einer erfolgreichen Integration auf der Grundlage einer gesteuerten Zuwanderung können alle profitieren. Die in den letzten Jahren eingeleiteten Maßnahmen der Integration geben Anlass zur Zuversicht. Es geht um unsere gemeinsame Zukunft, um das Leben in Hessen und das gegenseitige Vertrauen. Deswegen müssen Einheimische und Migranten in die Integration investieren. Maßnahmen zum Erwerb der deutschen Sprache bzw. zur Verbesserung der Deutschkenntnisse bei Menschen mit Migrationshintergrund sind von der CDU Hessen immer unterstützt und entsprechend ausgestattet worden. Hessen hat in 2002 als erstes Bundesland Vorlaufkurse für Kinder mit Migrationshintergrund eingeführt. Das dient dazu, den Kindern durch das Erlernen der deutschen Sprache einen guten Start in die Schullaufbahn zu ermöglichen. Fördern und Fordern sind für uns als CDU Hessen die Grundpfeiler der Integrationspolitik. Um den Menschen mit Migrationshintergrund eine Unterstützung im Alltag zu gewährleisten werden Integrationslotsen eingesetzt. Das sind Menschen mit Migrationshintergrund und engagierte Deutsche, die in den Städten und Gemeinden dazu beitragen, die Eigenverantwortlichkeit der Migranten zu stärken. Die Aufgabe von Integrationslotsen ist es, Migranten durch den Alltag zu helfen, bürokratische Hürden abzubauen, ihnen Hilfestellungen und Kenntnisse über soziale, politische und kulturelle Strukturen zu vermitteln. Integrationslotsen sind Sprach- und Kulturvermittler, die neben ihrer sprachlichen auch die interkulturelle Kompetenz für ihre Arbeit mitbringen. Sie haben Zugang zu ihrer jeweiligen Gemeinde



und sind gleichzeitig sehr gut integriert. Rund 1.080 Integrationslotsen in 45 Sprachen sind in Hessen aktiv. Das ist mittlerweile ein positives Beispiel auch für andere Bundesländer. Durch unsere haushaltspolitischen Entscheidungen unterstützen wir die Integration in allen Bereichen.

**bb) allen Formen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft, in Behörden und Institutionen, in der Schule und im Arbeitsleben aktiv entgegen treten sowie eine stabile und ausreichende Finanzierung von zivilgesellschaftlichen Projekten und Strukturen zum Abbau rassistischer Stereotype zur Unterstützung von Opfern rechtsextremer Gewalt zu gewährleisten?**

Die CDU Hessen tritt jeder Form von Extremismus, jeder Form von Gewalt und Terrorismus entschieden entgegen, unabhängig davon, ob es sich um Rechts- oder Linksextremisten oder gewaltbereite Islamisten handelt. So sehr sich Extremisten auch in ihren Zielsetzungen unterscheiden, so ähnlich sind sie sich in ihrem Hass auf unsere demokratische Gesellschaft und die sie tragenden Werte. Deshalb nehmen wir das gesamte Spektrum des politischen und religiösen Extremismus in den Blick. Die wehrhafte Demokratie darf auf keinem Auge blind sein. Die CDU-geführte Landesregierung und die CDU-Landtagsfraktion werden auch künftig die erfolgreichen Programme gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit fortsetzen. Für den Phänomenbereich der politisch motivierten Kriminalität „Rechts“ haben sich in Hessen die langjährigen Bemühungen und stetigen Fortentwicklungen der überwiegend ressortübergreifenden Landesprogramme wie das Aussteigerprogramm IKARus (seit 2002) sowie das seit 2007 aktive „BeratungsNetzwerkHessen – mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ unter Einbeziehung zahlreicher staatlicher Institutionen sowie öffentlicher und freier Träger gegen Rechtsextremismus bewährt. Sie wurden durch das seit 2009 als hessisches Modellprojekt „Rote Linien - Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“ umgesetzte Xenos-Sonderprogramm weiter ausgebaut. Darüber hinaus werden zahlreiche Projekte im Rahmen von lokalen Aktionsplänen (LAP) durch das Programm „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit jeweils 100.000 Euro/LAP gefördert, die

(wie beispielhaft im Schwalm-Eder-Kreis) durch die zuständigen Polizeidienststellen vor Ort beratend begleitet werden. Lokale Aktionspläne sind konkrete vor Ort ausgearbeitete Konzepte, die Vielfalt, Toleranz und Demokratie vor allem unter Jugendlichen stärken sollen. Auch tragen dazu die von uns initiierten oder unterstützten Programme bei, die Toleranz stärken und das Aufkommen gewaltförmiger Einstellungen und Verhaltensweisen von Beginn an verhindern wollen. Beispielhaft sei das Programm „Prävention im Team“ (PiT) sowie „Integration durch Sport“ genannt. Dabei geht es unter anderem um Sensibilisierung bezüglich potentieller Opfer von Diskriminierungen und Gewalt sowie die Vernetzung der verschiedenen Akteure durch intensive Zusammenarbeit mit Schulen, Polizei, Behörden und Vereinen.

**cc) MigrantInnen und Diasporaorganisationen in Entscheidungsprozesse zu entwicklungspolitischen Fragen einbezogen werden und so ihre Expertise und Sicht auf Handelsbeziehungen, verantwortliches Unternehmertum und Demokratieförderung einbringen können?**

Unsere Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik muss noch stärker nachhaltig stabilisierend wirken. Dabei setzen wir besonders auf die Teilhabe der Zivilgesellschaft. Engagierte Bürger, ob mit oder ohne Zuwanderungsgeschichte sind die wichtigsten Anwälte einer starken Entwicklungspolitik. Staatliche und nicht-staatliche Entwicklungszusammenarbeit ergänzen sich wirkungsvoll. Wir werden uns deshalb auf Bundesebene dafür einsetzen, die Zusammenarbeit mit den Kirchen, den entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen und den politischen Stiftungen zu verbreitern und zu vertiefen. Dies gilt auch für wohltätige Förderer und Stiftungen, die die internationale Entwicklungszusammenarbeit zunehmend beeinflussen. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen deutscher Wirtschaft und Entwicklungspolitik stärken. Die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in den Partnerländern werden wir fördern. Zugleich unterstützen wir Deutschlands außenwirtschaftliche Interessen. Hierzu gehört eine Rohstoffpolitik, die beiden Seiten dient.

Wir wollen bessere Rahmenbedingungen für die Teilhabe der Entwicklungsländer am Welthandel. Deshalb setzen wir uns für einen Fortgang der WTO-Verhandlungen und einen fairen Interessenausgleich mit den Entwicklungsländern ein. Wir halten an dem Ziel fest, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden. Eine Erhöhung der Mittel muss mit einer weiteren Effizienzsteigerung des entwicklungspolitischen Instrumentariums und der Aufnahmefähigkeit in unseren Partnerländern einhergehen.

**b) Sind Sie bereit sich dafür einzusetzen, aa) dass der durch die hessische Verfassung und das Grundgesetz garantierte Schutz (Unverletzlichkeit der Person und der Familie, Recht auf Freizügigkeit) auch für Asylsuchende gilt, dies schließt die kostenfreie unabhängige Rechtberatung und die Abschaffung des Flughafenverfahrens ein. Insbesondere Minderjährige und kranke Menschen dürfen nicht abgeschoben und Familientrennungen müssen künftig verhindert werden.**

Kriege, Armut und Flüchtlinge sind leider täglicher Teil der globalisierten Weltgesellschaft. Die individuellen Gründe für Flucht und Asyl liegen z. B. im Fehlen eigener Perspektiven, in den Unterschieden zwischen reich und arm, in Krieg oder Verfolgung. Menschen, die auf der Flucht sind oder Asyl suchen, gebührt ein besonderer rechtlicher und gesellschaftlicher Schutz und eine menschenwürdige Aufnahme. Die durch die Hessische Verfassung und das Grundgesetz garantierten Rechte gelten daher selbstverständlich auch für Asylsuchende. Wir treten für den Schutz politisch Verfolgter ein, wie es unserem Grundgesetz und der aus unserem christlich geprägten Menschenbild entspringenden Verantwortung entspricht. Wer politisch verfolgt wird und schutzbedürftig ist, muss auf Deutschland vertrauen können. Deshalb bekennen wir uns zum Grundrecht auf Asyl. Wir setzen uns auch im Interesse der Betroffenen für zügige Verfahren bei Ausländerbehörden und Verwaltungsgerichten ein.

Artikel 6 des Grundgesetzes, die Hessische Verfassung und auch die Europäische Menschenrechtskonvention schützen Ehe und Familie. In jedem Einzelfall haben die

Behörden daher zu prüfen, ob aus diesen Grundrechten Abschiebeschutz zu gewähren ist. Denkbar sind in diesen Fällen auch getrennte Abschiebungen, zumal die Abschiebung das letzte Mittel ist, Ausreisepflichten durchzusetzen. Vermieden werden kann dies in den weitaus meisten Fällen durch eine freiwillige Ausreise.

Auch die Frage der Erkrankung von Abzuschiebenden ist in jedem Einzelfall zu prüfen. Dabei ist die Frage der Behandelbarkeit im Heimatland und eine Erkrankung als Vollzugshindernis zu unterscheiden. Letztlich wird dies in fast allen Fällen gerichtlich überprüft. Genereller Handlungsbedarf besteht insoweit nicht. Wir setzen uns für neue Formen des Schutzes ein, wie der Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten, wenn ihnen eine baldige Rückkehr in das Herkunftsland nicht möglich ist oder wenn sie nicht dauerhaft in das Land, das sie zuerst aufgenommen hat, eingegliedert werden können. Dabei bauen wir weiterhin, ebenso wie bei der Hilfe für Flüchtlinge weltweit, auf die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen. Eine Zuwanderung, die darauf gerichtet ist, die europäische Freizügigkeit zu missbrauchen und die sozialen Sicherungssysteme unseres Landes auszunutzen, lehnen wir ab. Es bedarf einer europäischen Lösung, um die Lage in den Herkunftsländern zu verbessern und Missbrauch zu verhindern. Insbesondere müssen Lebensbedingungen und Integration der Menschen in ihren Heimatländern deutlich verbessert werden, sodass sie dort eine Perspektive haben.

**bb) dass die Integrationsmöglichkeiten von Asylsuchenden in unserer Gesellschaft gestärkt und gefördert werden, insbesondere in der schulischen und beruflichen Ausbildung Jugendlicher sowie grundsätzlich bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit auch vor Abschluss des Asylverfahrens?**

Wir brauchen eine Kultur, die eine schnelle und erfolgreiche Integration ermöglicht. Eine solche „Willkommenskultur“ muss sichtbar und spürbar werden – beginnend bereits in den Herkunftsländern. Damit sich Neuzuwanderer auf das Leben in Deutschland gut vorbereiten können, brauchen wir ausreichende Informationsangebote etwa zu Einreise, Schule und Beruf sowie zum Spracherwerb.

Wir wollen die von der CDU-geführten Landesregierung initiierte erfolgreiche hessische Integrationspolitik, die mit Instrumenten wie Integrationsbeirat, -konferenz, Modellregionen und Integrationspreis bundesweit beispielgebend ist, fortsetzen und ausbauen.

Wir wollen Angebote zur Kulturvermittlung für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund mit dem Ziel stärken, unter Wahrung ihrer eigenen kulturellen Identität und Herkunft ihre Integration in die deutsche Gesellschaft zu fördern. Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien haben in den vergangenen Jahren deutlich bessere Schul- und Bildungsabschlüsse erzielt. Im Vergleich zu Gleichaltrigen ohne Zuwanderungsgeschichte haben sie jedoch nach wie vor oft Probleme in Schule und Berufsausbildung. Wir wollen, dass diese Kinder und Jugendlichen weiter aufholen und bessere Schul- und Bildungsabschlüsse erzielen. Dazu gehört auch, dass Eltern stärker als bisher die Schulvorbereitung und -laufbahn ihrer Kinder aktiv begleiten. Dabei wollen wir sie durch besondere Elternprogramme unterstützen. Der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration sind gute Deutschkenntnisse. Wir werden das frühe Erlernen der deutschen Sprache weiter konsequent fördern. Deutsch als gemeinsame Sprache schafft Identität und stärkt den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wir erwarten von Zuwandernden, dass sie die deutsche Sprache erlernen. Wer sich verweigert, Deutsch zu lernen, hat in unserem Land keine Zukunftschancen.

Wir stehen darüber hinaus für eine verstärkte Einstellung von Migranten in den Landesdienst, vorzugsweise bei der Polizei, im Schuldienst sowie bei Bürgerämtern. Darüber hinaus wollen wir offensiv Werbung bei kleinen und mittelständischen Unternehmen mit Inhabern ausländischer Herkunft für das erfolgreiche Modell der dualen Ausbildung in Deutschland machen, wie es bereits im erfolgreichen Projekt „Internationale Unternehmen bilden aus (IUBA)“ erfolgt ist.

**CDU Hessen**

**Frankfurter Straße 6**

**65189 Wiesbaden**

[www.cduhessen.de](http://www.cduhessen.de)